

# Deutsche Einheit verpflichtet

Jörg Schönbohm (CDU) mahnt vorm Club von Lüneburg mehr Europa-Engagement an

KOMMUNALWAHL  
2011

iz Lüneburg. Nicht kleiner machen als es ist sollte sich Deutschland 21 Jahre nach der Einheit, empfahl Jörg Schönbohm am Dienstagabend im großen Saal der IHK. Der Generalleutnant a. D., ehemalige Staatssekretär und langjährige CDU-Innensenator beziehungsweise -minister von Berlin und Brandenburg zog als Gast des Clubs von Lüneburg vor 140 Gästen eine pointierte, persönliche Bilanz.

Wurde die Reichseinigung 1870/71 noch auf den Schlachtfeldern errungen, musste für die Einheit nur in Konferenzsälen gefochten werden. „Ein Glücksfall“, sagt Schönbohm (74). Erste Folge der Einheit sei die europäische Einigung, so Schönbohm, der aus dem historischen Wandel eine Verpflichtung für ein stärkeres europäisches Engagement ableitet: Bis 1989 sei die Teilung von vielen europäischen Regierungen und deutschen Bürgern als Voraussetzung für Stabilität in Europa angesehen worden. Erst die demonstrierenden DDR-Bürger hätten die Deutsche Einheit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die internationale Zustimmung zur Wiedervereinigung beweist nach Schönbohm, „dass die Nachbarn mehr Vertrauen zu uns hatten als wir selbst“. Damit endete der deutsche Sonderweg. „Wir wurden wieder als bewährtes Volk angesehen.“ Ein Vertrauensbeweis Europas, der die Pflicht nach



Die internationale Zustimmung zur Deutschen Wiedervereinigung ziehe laut Jörg Schönbohm (74), ehemaliger Brandenburger Innenminister, die Pflicht nach sich, sich stärker für Europa zu engagieren. F.: t & w

sich ziehe, sich mehr als bisher für Europa zu engagieren.

Werde ein Kurs als richtig erkannt, müsse er auch mal gegen gegenläufige Stimmungen durchgesetzt werden, schrieb Schönbohm den heute Verantwortlichen ins Stammbuch. Beispiel Berlin-Umzug: Damals zeugten Meinungsumfragen von großer Skepsis im Volk, die Entscheidung zum Abschied

von Bonn fiel nur hauchdünn. Heute ist Berlin längst wieder die natürliche Hauptstadt. Für Schönbohm Beleg dafür, dass sich „Stimmungen ständig wandeln, Sachverhalte nicht“.

Die vielen Auslandseinsätze seien der Preis, den Deutschland als größte Macht Europas, als Teil eines Wertebündnisses und exportorientierte Nation zu zahlen habe. Ausschermanöver

wie zuletzt bei der Frage eines Libyen-Einsatzes untergraben Berlins Glaubwürdigkeit.

Schönbohm erinnert sich gerne an die Jahre von 1976 bis 78, als er in Lüneburg stationiert war. Heute lebt er wieder in seiner brandenburgischen Heimat. Obwohl der Grundtenor seiner Einheitsbilanz positiv ist, sieht er auch Negatives. Etwa, dass der Verlust der Frei-

heit in der DDR bei vielen zur Unmündigkeit führte – „was bei manchen noch heute zu Angst vor der Freiheit führt“. Eine Erfahrung, die Schönbohm ein leidenschaftliches Plädoyer gegen Ideologien halten ließ, die den Menschen zum Klassen- oder Herrenmenschen formen wollen. Politik müsse immer die Einzigartigkeit jedes Menschen beherzigen.

## Jugendliche befürchten Verdrängung aus Innenstadt

Zentrum soll Anlaufpunkt für junge Leute bleiben – Oberbürgermeister sichert Verbleib in der Mitte zu

ekö Lüneburg Die Jugendlichen befürchten, komplett aus der Lüneburger Innenstadt verdrängt zu werden. Das ist bei der Podiumsdiskussion deutlich geworden, die der Stadtjugendring jetzt im Haus der Jugend an der Katzenstraße organisiert hat. „Die Jugendlichen werden nicht aus der Innenstadt verdrängt“, erklärt hingegen Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) auf Anfrage der LZ. Das Jugendleben werde weiter in der Innenstadt, aber ebenso immer mehr in den Stadtteilen stattfinden.

Anlass für den Unmut der Mädchen und Jungen ist der

Auszug der Musikschule aus dem Haus der Jugend – sie zieht in einen Neubau nahe dem Theater ein. „Wenn erst einmal eine Einrichtung aus dem Gebäude verschwindet, werden auch weitere Jugendgruppen das Haus verlassen müssen“, erklärt Björn Adam, Vorsitzender des Stadtjugendrings, die bestehenden Sorgen.

Die sind jedoch nicht komplett unberechtigt: Das Jugendzentrum Stadtmittelpunkt bleibe auf jeden Fall erhalten, versichert der Oberbürgermeister. Alle anderen Gruppen müssten sich aber für die Zukunft einen neuen Treffpunkt suchen. Es sei

eben Beschluss des Stadtrats und damit Fakt, dass die neue Musikschule auch mit dem teilweisen Verkauf des Hauses an der Katzenstraße finanziert wird. Nur die Räume des Jugendzentrums blieben auf jeden Fall in städtischer Hand. Rund um den Treffpunkt sollen Wohnungen entstehen.

„Die Stadt ist aber ständig mit allen Gruppen im Gespräch“, sagt Mädge. Allen werde angeboten, in alternative Räumlichkeiten umzuziehen – zum Beispiel in das Haus der ehemaligen Bäckerei an der Rabensteinstraße, das zur sogenannten Kulturbäckerei umge-

wandelt wird. Treffpunkte für die Heranwachsenden seien für Mädge aber zunehmend die Stadtteilzentren. Grund: Da der Trend zur Ganztagschule gehe, würden die jungen Leute am späten Nachmittag von der Schule nach Hause fahren und anschließend eher den kurzen Weg zum Jugendtreff in ihrem Stadtteil als den längeren Weg in die Innenstadt wählen.

„In den Stadtteilen ist es auch einfacher, die Mädchen und Jungen an Demokratie heranzuführen“, erklärte Dr. Cornelia Parnke (SPD) bei der Podiumsdiskussion. Das sah Michèl Pauly (Die Linke) an-

ders: „In den Stadtteilen treffen sich nur die Jugendlichen von dort, die Innenstadt ist hingegen ein wichtiger Treff für alle Lüneburger.“ Frank Soldan (FDP) pflichtete ihm zwar bei: „Das Problem ist aber die Finanzierung.“ Nils Webersinn (CDU) will abwarten, wie sich die Ganztagschulversorgung entwickle und sich für gleiche Ausstattung einsetzen. Torbjörn Bartels (Piratenpartei) bezweifelte, dass die Jugendlichen zum Thema befragt wurden. Christian Kullig (Wählerinitiative Lüneburg Direkt) plädierte für den Erhalt der Freiräume für Jugendliche in der Innenstadt.

## Sie weckt die tiefrote Seele

Parteivize Sahra Wagenknecht unterstützt Lüneburger Linke im Wahlkampf

dth Lüneburg. Zu einem „politischen Rundumschlag“ setzt Sahra Wagenknecht (42) am Dienstagabend vor rund 160 Zuhörern in der Lüneburger Ritterakademie an. Die stellvertretende Vorsitzende der Partei „Die Linke“ und wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion prangert unter anderem das Steuerdumping für Vermögende und Banken an, fordert zudem ein neues Finanzsystem, von dem auch die Kommunen profitieren und schlägt letztlich den Bogen von der Europa- und Bundes- zur Lokalpolitik. Linke-Kreissprecher Michèl Pauly lobt den Auftritt der Berliner Wahlhelferin als große Motivation: „Das weckt die Seele.“

Die Frau mit den braunen Augen und dem skeptischen Blick spricht frei am Redner-

pult, geißelt den wildgewordenen Kapitalismus – schon zum zweiten Mal an diesem Abend. Zuvor hat sie die Rede in einer Parteiveranstaltung in Stade gehalten. „Eine Politik, die zu feige ist, sich mit den Millionären und den Banken, mit den oberen Zehntausend anzulegen, wird uns nicht aus der Krise herausführen, sondern immer noch tiefer hinein.“ Solche Sätze werden mit Applaus belohnt. Dabei fasse der Saal deutlich mehr Zuhörer, als die Lüneburger Linke Mitglieder hat, räumt Michèl Pauly später ein.

Die Gewinne und Vermögen in der Wirtschaft seien in den vergangenen Jahren um 56 Prozent gestiegen, holt Wagenknecht aus. Im selben Zeitraum seien aber die Reallöhne der abhängig Beschäftigten um 4,5 Prozent gesunken. Diese

„Kluft“ zeige, „was für ein Skandal in unserem Land im Gange ist“, ruft Wagenknecht in den Saal, erntet Applaus und lächelt zufrieden. Es sei Heuchelei, sich aktuell über Jobwunder zu freuen. Tatsächlich gebe es einen „wahnsinnigen Boom an schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen“, die auf Aufstockung angewiesen seien. Der Staat müsse aufhören, „den Hungerlohnsektor zu subventionieren“ und sollte stattdessen Mindestlöhne einführen, zehn Euro pro Stunde. Das wäre ein Ausweg aus dem Lohndumping, das erst die Hartz-Gesetze möglich gemacht hätten.

Auch habe die Politik den roten Teppich für die „Renditegier“ ausgerollt: Mit jeder Liberalisierung der Märkte, mit jeder abgebauten Regelung wachse die „Erpressungsmacht“ der

Banken, die, nachdem die Staaten sie 2008 im Zuge der Lehman-Pleite gerettet hatten, nun an der Schuldenkrise der Staaten verdienten. „Das ist so, als wenn ein Einbrecher mein Haus leer räumt und ich ihn anschließend um einen Kredit bitte, um mich wieder einzurichten. Die Staatsfinanzen müssen wieder in öffentliche Hand.“ Und: „Alle reden über Staatsschulden, aber keiner redet über Vermögen.“ Denn, so Wagenknecht, die Schulden der EU-Staaten, 10 000 Milliarden Euro, entsprächen dem Vermögen „europäischer Millionäre und Multimillionäre“. Daraus ließe sich eine einfache Rechnung machen: „Das wäre der erste Einstieg in eine Lösung.“

Einen Beitrag dazu könne auch die Kommunalpolitik leisten, um von unten einen „Ge-



„Eine ordentliche Millionärsbesteuerung wäre die beste Schuldenbremse“, sagt Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht. F.: t & w

gedruckt“ zu erzeugen. Die Linke sei die „Garantie“ dafür, dass „nicht mehr die Ackerländer die Politik bestimmen“.

Nach ihrer Rede strebte Wagenknecht in Richtung Ausgang, ließ sich noch für ein Gruppenbild mit den Lünebur-

## Kandidaten laden ein

bau Amelinghausen. Die CDU Amelinghausen und Samtgemeindebürgermeister-Kandidat Dominik Wehling laden für Freitag, 9. September, zu einem weiteren Themenabend unter dem Titel „Bürgerlich und grün – ein Gegensatz?“ ein. Gastredner werden die Bundestagsabgeordnete Dr. Valerie Wilms (Bündnis 90/Die Grünen) und der Hamburger CDU-Landesvorsitzende Marcus Weinberg sein. Beide sind im Bundestag Mitglieder des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Beginn ist um 19.30 Uhr im Gasthaus Schenck.

Zeitgleich beendet Amtsinhaber Helmut Völker (parteilos) seine Dörfertour und lädt für Freitag um 19.30 Uhr ins Landgasthaus Niedersachsen ein. Zur Diskussion stehen Themen wie Kinderbetreuung, Leben im Alter und Bürgerbus.

## André Feit führt CDU-Liste an

nh Scharnebeck. Mit 33 Kandidaten tritt die CDU in der Samtgemeinde Scharnebeck zur Kommunalwahl an. Angeführt werden sie vom Samtgemeindeverbandsvorsitzenden André Feit. Weitere Kandidaten aus den Mitgliedsgemeinden:

► **Artlenburg:** Peter Thiele, Frank Tiede, Jens-Peter Behr und Rolf Twesten;

► **Brietlingen:** Jörg Ahlfeld, Mirja Peter, Jörg Kohfeld, Jürgen Bloock, Rainer Vick und Malte Kloodt;

► **Echem:** Steffen Schmitter, Harald Heuer, Karl Heinz Böttger und Günter Dammann;

► **Hittbergen:** Alfred Ritters und Petra Brosseit;

► **Hohnstorf/Elbe:** André Feit, Annette Kork, Michael Drägestein, Christian Röhling und Peter Reinholdt;

► **Lüdersburg:** Stefan Held;

► **Rullstorf:** Inge Heesen, Christian Krause, Heiko Ahrens, Franz Darger und Manfred Petersen;

► **Scharnebeck:** Hans-Georg Führinger, Hans-Wilhelm Henties, Andreas Ahlers, Nadine Ahlers, Gerrit Kossmann und Andreas Büchse.

ger Linken und ein Pressegespräch einfangen, reagierte auf Autogrammträger aber eher wie ein scheues Reh. Schließlich stieg sie in die weiße Audi-Limousine, die draußen auf sie wartete und ließ sich nach Berlin chauffieren.